



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

SP/IX/253 - 8.11.1954
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Die "Opposition" in der Bonner Koalition	S. 1
Abessinien - Land des Friedens und des Aufbaues	S. 3
Nach Goebbels'scher Manier...	S. 5
Beitrag zur Wiedergutmachung	S. 6

Taktisches Spiel mit einer nationalen Frage

sp - Bundeskanzler Dr. Adenauer hat den in seiner Dauerhaftigkeit nicht zu überschätzenden Widerstand der FDP gegen das Saarabkommen zunächst damit abgefangen, dass er neue Saargespräche über die Ausführung des in Paris unterzeichneten Abkommens angekündigt hat. Acht Tage vorher hatte ein Regierungssprecher erklärt, neue Gespräche seien nicht in Betracht gezogen und am vergangenen Freitag ließ es dann wieder anders, bevor am Sonntagend der Quai d'Orsay erneut betonte, auch jetzt komme eine Ergänzung oder Interpretation des Saarabkommens nicht in Frage. Daran, dass für ihn das unterzeichnete Saarabkommen das letzte Wort ist und unauflöslich mit den anderen in Paris unterzeichneten Verträgen verbunden ist, hat Mendès-France keinen Zweifel gelassen. Und um Mendès-France geht es leider, nachdem sich der Bundeskanzler mit der Unterschrift unter das Saarabkommen in eine hoffnungslose Position hineinmanöveriert hat. Das ganze Gerede um neue Saargespräche - ob diese nun stattfinden oder nicht - ist also nichts anderes als ein taktisches Spiel, mit dem die Regierung die Empörung verringern möchte, die ihre Unterschrift unter das Abkommen ausgelöst hat.

Ist es schon ein einmaliges Ereignis in der Diplomatie der deutschen Demokratie, dass eine Regierung ein Abkommen unterzeichnet, das in einer Frage von grundsätzlicher Bedeutung für die staatliche Einheit unseres Vaterlandes zahlreiche Auslegungen zulässt, so ist es in einer Demokratie nicht weniger empörend, dass auch noch der Versuch gemacht

wird, dem Volk über Sinn und Wirkung des Abkommens keinen klaren Wein einzuschenken. Es geht mit der Saar um Deutschlands Einheit. Es geht bei der Ablehnung des Saarabkommens darum, dass wir unseren Anspruch auf die Wiedervereinigung ganz Deutschlands nicht aufgeben. Weil es so ist, darf das Saarabkommen nicht zum Gegenstand eines taktischen Spieles gemacht werden, mit dem versucht wird, den in Wahrheit nicht gefährdeten Zusammenhalt der Bonner Koalition zu retten.

In Bonn pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass Bundeskanzler Dr. Adenauer außer dem Wahlgesetz für 1957 noch einige andere Trümpfe in der Hand hat, um seine Koalition zusammenzuhalten, und es ist nicht nur für die Bonner Journalisten eine Binsenweisheit geworden, dass die Rebellion in der FDP nur so lange zu dauern pflegt, bis der Herr Bundeskanzler die Herren über die grundsätzliche Unzulässigkeit einer solchen Rebellion belehrt hat. Nun, das ist alles Sache der Koalitionsparteien. Sie mögen es mit sich, ihrem Gewissen und ihren Wählern ausmachen, wie sie das vertreten wollen.

Das Saarabkommen ist bekannt. Paris hat erklärt, dass das Abkommen in seinem unterzeichneten Inhalt die Voraussetzung für die Verwirklichung der anderen Verträge ist. Also geht es um dieses Abkommen und um gar nichts anderes. Die Regierung möge im Parlament dieses Abkommen vertreten und das Parlament hat die Antwort zu geben, zu der es nicht nur durch die Prädambel des Grundgesetzes verpflichtet ist. Man verschone aber die deutsche Öffentlichkeit in West und Ost mit Versuchen, diese klare Lage der Dinge zu überspielen. Dass es auch in der Frage der Bindungskraft der Pariser Verträge auf ein wiedervereinigtes Deutschland im amtlichen Bonn und in Paris zwei verschiedene Auslegungen gibt, unterstricht, in welchem Maße der Bundeskanzler nicht nur im Rahmen des Saarabkommens versäumt hat, auf eine politische und rechtliche Durchsetzung der deutschen Forderung nach der Wiedervereinigung zu bestehen. Ohne die Vertretung dieser Forderung jedoch auch den Westmächten gegenüber gibt es keine Politik, der die Opposition zustimmen kann.

+

+

+

- 3 -

Haile Selassie - ein Kämpfer für "geistige Aufrüstung"

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Das erste Aufsehen erregte Kaiser Haile Selassie von Abessinien bereits 1947 durch ein Telegramm an die UNO. Es lautete:

"aethiopische Regierung ist der Auffassung, dass ungeachtet schwerer Kriegsschäden Wiederaufbau hier genügend fortgeschritten, um Hilfsaktionen ganz auf andere später befreite Länder zu konzentrieren, die der Unterstützung dringender bedürfen".

Nichts half wohl Abessinien mehr als diese stolze telegrafische Nachricht. Wer in dieser Zeit, wo selbst vom Krieg verschont gebliebene Staaten mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten aller Art zu kämpfen hatten, Unterstützungsangebote ablehnen kann, muß über eine sehr gesunde und ausbalancierte Wirtschaftspolitik verfügen und einen weisen Herrscher sein eigen nennen.

Schon 1941 konnte Haile Selassie als erstes vertriebenes Staatsoberhaupt in sein "befreites" Land zurückkehren. Er fand damals ein vom Krieg hart mitgenommenes Land vor. Was aber noch schwerer wog: die einheimische Intelligenz - an sich schon nicht sehr zahlreich - war durch die italienische Besatzung dezimiert worden. Aber der Lebenswille des Abessiniers ging ungebrochen aus diesem Ringen um eine Existenz hervor. Der abessinische Herrscher bewies durchs eine großzügige Menschlichkeit dem Besiegten gegenüber, dass er seinen Titel "Negus negesti" zu recht trägt: Er erließ kurz nach seiner Rückkehr einen Aufruf an seine Krieger, der folgenden Wortlaut hatte:

"Ich sage euch, ihr sollt die Italiener, die bewaffnet oder unbewaffnet in eure Hand fallen, mit Liebe und Fürsorge aufnehmen. Vergeltet ihnen nicht nach der Unbill, die sie unserem Volk zufügten. Beweist, dass ihr ehrliche Krieger seid, die ein menschliches Herz haben. Besonders aber befehle ich euch das Leben der Kinder, der Frauen und der Alten zu schützen!" -

Haile Selassie machte sich mit dieser einem großen Staatsmann würdigen Politik die vielen italienischen Handwerker und Kaufleute, Bauern und Ingenieure, die im Lande zurückgeblieben waren, zu Freunden. Sie leisteten ihm unschätzbare Dienste beim Wiederaufbau und bei der Durchführung seiner vielen Reformpläne, außerdem wurde seine politische Stellung als Herrscher des einzigen selbständigen Eingeborenenstaates in Afrika (sieht man von dem künstlich gegründeten Liberia ab) sehr

gestärkt.

Abessinien braucht Gehirne

"Um stark und glücklich zu werden", soll einmal der Kaiser gesagt haben: "braucht Aethiopien viele Güter. Aber am dringendsten braucht es Gehirne". Sie holt er sich ohne jedes nationale Vorurteil dort, wo er sie finden kann. Das Gros stellen die Amerikaner. Prof. John Spencer von der Harvard University war sein außenpolitischer Berater. Der Pädagoge Christian Ruckmick von der Universität Yowa leitet das Erziehungswesen. Der Kalifornier G.G. Campbell überwachte die öffentliche Hygiene und der amerikanische Bankfachmann George A. Blowers ist Gouverneur des abessinischen Noteninstituts. Ein Schwarm englischer Offiziere hat die zerschlagene aethiopische Armee neu aufgebaut. Der oberste Gerichtshof liegt in englischen Händen. Ein großer Teil der qualifizierten Ärzte und des Pflegepersonals rekrutiert sich aus Schweden und neuerdings auch aus Deutschland. Der kaiserliche Palast wurde von einem deutschen Architekten erbaut. Ein Schweizer Professor schreibt das Strafgesetzbuch. Über 300 Deutsche allein sitzen zusammen mit rund 10.000 anderen "Weissen" in Abessinien und helfen nach Kräften dem Kaiser seine Reformen durchzuführen.

Dem Verkehr und der Erschließung des Landes galt das besondere Augenmerk Haile Selassies. Kurz nach dem Krieg kaufte er von der "Trans-World Air-Lines" einige ältere Flugzeuge und ließ sich zuverlässige Piloten aus. Mit ihrer Hilfe errichtete er einen ständigen Flugdienst zwischen Addis-Abeba und Kairo. Heute verbinden die Hauptstadt feste Linien mit Nairobi, Djibuti, Aden, Dessi und Gondar sowie mit allen größeren Städten des Inlandes. Dass die Industrie nicht zu kurz kommt, dafür sorgt der ausländische Einfluß. Goldminen in Adola und Erdöl im Innern, die auf Erschließung warten, Zementwerke und Ziegeleien, von den Italienern noch ins Leben gerufen, Gerbereien und Brauereien sowie riesige Kautschuk- und Baumwollplantagen verkörpern einen Reichtum, zu dem sich kürzlich neue Uranfunde gesellen, die aus Abessinien ein wohlhabendes Land machen werden. Aber der Kaiser braucht viel Geld, um seine weitreichenden Pläne zu verwirklichen. Es wird jedoch nicht für Kriegszwecke benötigt, wie es im ausgebluteten Europa schon seit Jahrzehnten üblich geworden ist. Westliches Wissen und westliche Kultur sollen dem einfachen Abessinier nahe gebracht werden.

8.11.1954

So wird ein grosser Teil der Staatseinnahmen für Schulen und das Erziehungswesen ausgegeben. Universitäten und Hochschulen, Stipendien und sonstige Erleichterungen für Schüler und Studenten werden mit diesem Geld geschaffen. 400 neue Grundschulen und mehrere höhere Lehranstalten sind bereits das Resultat. Mehrere hundert Abessinier studieren auf Staatskosten im Ausland. Der Besuch des Kaisers in Deutschland bezweckt in erster Linie, sich mit der deutschen Wissenschaft und Forschung vertraut zu machen. Erst in zweiter Linie folgt die Industrie und auch nur insoweit, als sie dem friedlichen Aufbau des Landes dienstbar gemacht werden kann.

Wir Europäer sollten uns aber an diesen Plänen, die ein "schwarzer Gentleman" langsam aber sicher verwirklicht, ein Beispiel nehmen. Denn der Frieden ist letzten Endes die beste Kapitalanlage und von jeher billiger gewesen als jeder Krieg.-

+ + +

"Demagogische Ungeheuerlichkeiten"

sp. Die harte, im Sachlichen begründete Kritik der Opposition an der Aussenpolitik der Regierung und an der wohl nicht mehr zu überbietenden Leichtfertigkeit, mit der in Paris deutsche Lebensfragen behandelt wurden, geht der CDU auf die Narven. Die nüchterne Feststellung,

dass der unter dem entscheidenden Einfluss der CDU festgelegte aussenpolitische Kurs Bonns unvermeidlich zur Verhärtung der deutschen Spaltung führen muss,

dass mit der durch Adenauers Unterschrift besiegelten Abtrennung der Saar ein gefährliches Präjudiz auch für unsere Ostgebiete geschaffen wird,

dass die von den westlichen Besatzungsmächten der Bundesrepublik gewährte "Souveränität" nur soweit reicht, um das ihr auferlegte Soll der Aufstellung eines 500 000 Mann-Heeres zu erfüllen,

dass mit der von Bonn unterstützten Ablehnung einer Konferenz der vier Besatzungsmächte vor der Verwirklichung der Pariser Abmachungen die Aussichten für eine Einigung in der Deutschland-Frage für unübersehbare Zeit dahinschwenden,

beantwortet die CDU mit Verdächtigungen der Gegenseite, die nur allzu deutlich von dem Vorhandensein ihres schlechten Gewissens zeugen.

Der ^{größten} Führer der Opposition, hieß es kürzlich im offiziellen Pressedienst der Regierungspartei, sei ganz dem "kommunistischen Jargon" verfallen, als er in der letzten Woche im Rundfunk die Ansichten seiner Partei darlegte.

Die Besorgnisse der Opposition und die tiefe Unruhe, die sie über die von der Regierung gewollten unvermeidlichen Folgen der Londoner und Pariser Verträge erfüllt, werden auch von vielen anderen denkenden Menschen geteilt. Das wird allerdings verschwiegen. Noch wagt es die engste Umgebung des Kanzlers nicht, in den Kreis ihrer Diffamierungen auch jene einzubeziehen, die außerhalb der deutschen Sozialdemokratie stehen, aber aus wohl verstandenen höheren Interessen nicht anders handeln können, als die deutsche Öffentlichkeit vor den verhängnisvollen Auswirkungen der Kanzlerpolitik für Deutschland und für Europa zu warnen. Noch wagt man es nicht, etwa den überparteilichen Deutschen Saarbund "demagogischer Ungeheuerlichkeiten" zu beschuldigen oder die 200 Pfarrer und Laien der "Kirchlichen Bruderschaft im Rheinland" der "schamlosen und kaum mehr zu überbietenden Diffamierung" zu bezichtigen, weil sie in der Not ihres Gewissens keinen anderen Ausweg wußten als den direkten Aufruf an die deutsche Öffentlichkeit. Deren Proteste, Warnungen und Mahnrufe sprechen heute für viele Millionen Deutsche. Noch mag es für die größte Regierungspartei eine zeitlang angehen, die deutsche parlamentarische Opposition und deren Sprecher vor dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit zu diskreditieren, auf die Dauer jedoch wird sie damit den Graben vertiefen, der sie von dem politischen Willen und Zielen der Mehrheit unseres Volkes trennt.

+ + +

Die Hand von Dinslaken

K.M. Es ist zwanzig Jahre her. Es ist ein schöner Sonntag-Vormittag im Jahre 1934.

Alle Welt geht spazieren. Was die Leute von Dinslaken angeht, so bummeln sie im Hünker Wald herum, ganz in der Nähe der Stadt gelegen. Die Kinder stöbern abseits vom Wege durchs Gebüsch. Aber plötzlich hören sie zu stöbern auf. Sie haben etwas entdeckt, was sie nicht glauben wollen.

Der Vater wird gerufen und soll sich ansehen, was da aus der Erde herausschaut. Der Vater sagt: "Um Gotteswillen, das ist ja die Hand eines Menschen." Mit einem Schlage ist alles vorbei, was nach Sonntag und nach Behagen aussah.

Die Polizei wird gerufen. Es wird gegraben. Vier Tote werden aus der Grube herausgeholt. Zertrümmerte Schädeldecken und Knochenbrüche.

Nach wenigen Tagen weiß es ganz Dinslaken: Das sind die vier Männer, die am 2. Mai 1933 so plötzlich aus Duisburg verschwunden sind und von denen man niemals hörte, was aus ihnen wurde, - Sozialdemokraten und Gewerkschaftler.

Die Polizei bekommt Weisung, die Sache zu vertuschen. Es ist zu spät. Die Angehörigen haben es erfahren. Ganz Duisburg erfährt es. Auf allen Straßen wird geflüstert.

Zwanzig Jahre später treffen sich in dieser Stadt die Verfolgten aus dem Raum Duisburg, zusammengeschlossen zur Landeskonzferenz der "Arbeitsgemeinschaften verfolgter Sozialdemokraten". Es sind verschiedene dabei, die den 2. Mai von Duisburg mitgemacht haben, unter ihnen der jetzige Oberbürgermeister der Stadt.

Dieser 2. Mai von Duisburg sah so aus: Angetrunkene SS-Männer und SA-Männer ziehen in den frühen Morgenstunden durch die Stadt. Sie gehen in einzelne Häuser hinein und holen die Opfer aus dem Schlaf. Sie ziehen mit ihnen durch die Stadt zum Gewerkschaftshaus in der Ruhrortstraße. In den Kellern beginnt das Massaker.

Die Überlebenden trafen sich am letzten Wochenende in Duisburg. Zu ihnen kamen die Überlebenden aus anderen Städten des Rheinlandes, Überlebende aus Zuchthäusern und Konzentrationslagern. Es wurden Reden gehalten. Es wurde der Toten gedacht. Es wurde von den Sorgen der Gegenwart gesprochen.

Sorgen?

Ja, diese Leute haben Sorgen. Es gibt in der Bundesrepublik eine gesetzliche Wiedergutmachung, jeder weiß das. Aber die Verfolgten wissen, was daran noch fehlt. In einer Entschliessung, die von 281 Verfolgten beschlossen wurde, stehen bittere Wahrheiten: "Fast zehn Jahre nach dem Zusammenbruch ist das Versprechen nicht oder nur völlig unzureichend erfüllt. Tausende der Verfolgten gingen nach 1945 zugrunde. Tausende leben in bitterer Not".

Die Verfolgten haben niemals verlangt, dass die andern auf der Strasse Platz machen und den Hut vor ihnen ziehen. Freilich haben sie niemals damit gerechnet, dass es eines Tages in der Bundesrepublik Gerichte geben würde, mit denen sie sich wegen dieser alten Dinge herumzustritten haben.

Nur ein kleines Beispiel. Das Berliner Kammergericht fällte vor einem Jahr eine Entscheidung gegen einen dieser Männer, der vom Dritten Reich verfolgt wurde, weil er gegen ein Gesetz dieses Reiches gehandelt hatte. In der Entscheidung wird dem Sinne nach gesagt: dieser Mann habe damals gegen ein gültiges Gesetz gehandelt und sich demnach die Folgen seines Handelns selber zuzuschreiben. Wörtlich heisst es: "...mit rechtsstaatlichen Gedanken durchaus vereinbar, weil jeder Staat berechtigt ist, sich gegen derartige Angriffe zur Wehr zu setzen."

Es war eine britische Zeitung, nämlich der "Manchester Guardian", wo vor einiger Zeit zu lesen war: "Den Deutschen wird ihre jüngste Geschichte nicht beigebracht, darum haben sie auch kein Gefühl für eine moralische Wiedergutmachung. Hier kann nur die Kenntnis des Vergangenen helfen."

Woher sollen die Herren vom Berliner Kammergericht das Vergangene kennen? Sie waren niemals im Hünxer Wald. Sie haben niemals eine tote Hand gesehen, die der Regen wieder freispülte.

+ - +

Sowjetkonstruktionen aus Deutschland

Im Zuchthaus Bützow-Dreibergen sind rund 70 Ingenieure und Techniker, die sich in sowjetzonaler Haft befinden, zusammengezogen und mit Planarbeitern für den Aufbau der sowjetzonalen Fischereiflotte betraut worden. Die Anfertigung der Gesamt- und Einzelzeichnungen wurden deutsch und russisch beschriftet. Auf der letzten Leipziger Messe wurde festgestellt, dass einzelne in Bützow angefertigte Zeichnungen den Fachleuten als sowjetische Konstruktion vorgelegt wurde.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler